

Avanti²

ISO Rhein-Neckar

Theoriebeilage
Zu Trotzkis Analyse
des Faschismus
von
Ernest Mandel

**Ihre
Agenda:
Mordsprofite**



**Unsere
Agenda:
Solidarität**



INHALT

TITEL

01 IHRE AGENDA ODER UNSERE MORDSPROFITE ODER SOLIDARITÄT?

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

02 KAPITALISMUS PUR

Kurz & Knapp

SEITE DREI

03 IHRE AGENDA ODER UNSERE MORDSPROFITE ODER SOLIDARITÄT?

ANTIMILITARISMUS

04 SCHULSTREIK!

Gegen Kriegsdienstpflicht

ARBEITSWELT

05 IGBCE-MITGLIEDERBONUS

Weiter so?

06 IGBCE-KONGRESS

Immer mit der Ruhe

07 BR-WAHLEN (II)

Was ist wichtig?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen Euch für das neue Jahr 2026 alles Gute – vor allem aber Gesundheit, Lebensfreude und Widerstandskraft!

Im zweiten Halbjahr 2025 hat es eine Reihe von Generalstreiks gegen die asoziale Politik der Herrschenden gegeben – zum Beispiel in Belgien, Griechenland, Indien, Italien und Portugal. Das ist erfreulich und lässt hoffen.

Im Zentrum der vorliegenden Ausgabe von *Avanti²* steht der notwendige Widerstand gegen den anhaltenden Rechtsruck. Er erfordert den Aufbau einer Sozialen Front und den Kampf für eine Agenda der Solidarität.

Die Theoriebeilages enthält Ernest Mandel sehr lesenswerte Überlegungen zu „Trotzkis Analyse des Faschismus“.

Wir freuen uns auf Euer Interesse und auf ein baldiges Wiedersehen!

Eure Redaktion

Titelbild: US-Soldatenfriedhof in Frankreich, 7. Februar 2005. Bild: Gemeinfrei. Bildbearbeitung und Montage: Avanti².

INHALT

08 KONFERENZ „BR IM VISIER“

Dokumentation erschienen

09 ALSTOM

Tipps für den Widerstand?

INTERNATIONAL

10 BELGISCHE GEWERKSCHAFTEN

Ein Vorbild für Deutschland

ISO / POLITISCHE BILDUNG

11 AUSZEIT MIT EINSTEIN

Warum Sozialismus?

RÜCKBLEINDE / TERMINE

12 VOR 100 JAHREN

Vergessenes Volksbegehren

12 TERMINE

Veranstaltungen und Aktionen

THEORIEBEILAGE

01 FASCHISMUS

Trotzkis Faschismusanalyse

Schäden durch Klimazerstörung vervielfacht

R. S.

Die Schäden, die von schweren Unwettern und Überschwemmungen verursacht wurden, haben sich seit 1980 in den großen Industriestaaten vervielfacht.

An erster Stelle der zehn größten Volkswirtschaften stehen die USA mit 2,7 Billionen US-Dollar Schäden und an zweiter Stelle die VR China mit 680 Mrd \$. Danach folgen BRD, Kanada, Italien, Frankreich, Indien, Japan und Brasilien.

Die in Deutschland von 1980-2024 verursachten Gesamtschäden werden auf 210 Mrd. \$ beziffert (davon allein die Ahrtalflut im Jahr 2021 mit 42 Mrd. \$).

Der Rückversicherer Munich Re sieht einen klaren Zusammenhang mit dem „Klimawandel“. Unser Fazit: Kapitalismus kann keinen Klimaschutz.

(Quelle: FR, 10.11.2025.)

K
U
R
Z
&
K
N
A
P

Ihre Lügen schaden unserer Gesundheit

M. G.

Zur Rechtfertigung der weiteren Demontage des Gesundheitssystems ist keine Lüge zu dumm.

Kanzleramtsminister Frei propagiert den verschärften Abbau von Leistungen in diesem Bereich. Seine wahrheitsferne „Begründung“ lautet: Deutschland habe das teuerste Gesundheitssystem der Welt. In Wirklichkeit haben das – und zwar mit Abstand – die USA.

Auch sein Boss, Kanzler Merz, redet Unsinn, wenn er behauptet, dass die hohe Zahl von Arztbesuchen das deutsche Gesundheitswesen wirtschaftlich aushöhlen würde. In Wirklichkeit ist die Vergütung der niedergelassenen Ärzt:innen pauschalisiert und gedeckelt. Die Anzahl der Arztbesuche von Patient:innen ändert kaum etwas an den entstehenden Kosten.

(Quelle: FR, 27.12.2025.)

Ihre Agenda oder unsere – Mordsprofite oder Solidarität?

U. D.

Die globalen Krisen des Kapitalismus spitzen sich zu. Natur und Klima werden weiter zerstört. Imperialistische Konflikte führen zu Aufrüstung und Krieg. Demokratie, Menschenrechte und Gewerkschaftsbewegung sind weltweit autoritären Angriffen ausgesetzt.

Diese Entwicklung macht Antworten jenseits der kapitalistischen Profitlogik notwendig. Doch Kapitalismus kann nur Profit. Er kann weder Ökologie, noch Frieden, noch soziale Sicherheit, noch Solidarität. Deshalb können Kapital und bürgerliche Politik keinen Ausweg bieten. Ihre Agenda orientiert sich an den Profit- und Machtinteressen des Kapitals. Die Zeche sollen die arbeitenden Klassen zahlen.

Dies ist auch die Agenda der Regierung Merz/Klingbeil. Die grundsätzliche Frage, welche Interessen sie vertritt, hat sie längst beantwortet – die der Superreichen und Konzerne.

Ihre Agenda: Mörderische Profite

Die CDU/CSU/SPD-Regierung will Deutschland zur führenden „kriegstüchtigen“ Militärmacht der EU ausbauen. Jährlich sollen über 90 Milliarden Euro für Bundeswehr und Rüstung verschwendet werden. Kein Wunder, dass Rüstungskonzerne Rekordgewinne machen. Gleichzeitig verfallen Schulen und werden Krankenhäuser geschlossen. Es fehlt an Geld für die Sozialsysteme und für Investitionen in die Infrastruktur.

Ihre Agenda: Profite statt sozialer Sicherheit

Die Große Koalition hat ihrer Bürgergeld-Hetze konkrete Kürzungspolitik folgen lassen. Mit der Einführung der „Grundsicherung“ werden Sanktionen verschärft, und es wird der Druck auf Erwerbslose und arbeitsunfähige Menschen erhöht.

Doch beim Bürgergeld ist nicht Schluss. Alle Sozialsysteme sind von Kürzungen bedroht. Zurzeit befinden wir uns noch in der Phase der Propaganda. Mit immer neuen Forderungen und „Begründungen“ wird der Boden für die längst geplanten Kürzungen bei Rente, Pflege, Gesundheit, Bildung und Kultur vorbereitet.

Gleichzeitig bleiben die Reichen unangetastet. Die Debatte über Vermögenssteuern und Erbschaftssteuer wird tabuisiert. Die Cum-Ex-Aufarbeitung wird weitgehend eingestellt, und Konzerne können weiterhin Gewinne in Steueroasen verschieben.

Ihre Agenda: Profite statt Klimaschutz

Immer offensichtlicher diktieren Automobil- und Energiekonzerne und energieintensive Branchen die Politik.

Das „Verbrenner-Aus“ wird verwässert. Das Deutschland-Ticket wird weiter verteuert. Das Dienstwagenprivileg bleibt erhalten. Der Kohleausstieg wird verschoben, und die Klimaziele werden weiter abgeschwächt. Der Industriestrompreis wird gesenkt, die Energiepreise für die privaten Haushalte steigen weiter. Eine für alle bezahlbare Energie- und Verkehrswende ist nicht in Sicht.

Ihre Agenda: Rassismus statt Solidarität

Die Regierung fördert mit ihrer Politik, mit „Stadtbild-Äußerungen“ oder ihrer Hetze gegen „Sozialmissbrauch“ von migrantischen Gruppen unmittelbar den Rassismus.

Mit ihrer Asylpolitik, mit Grenzschließungen und Abschiebungen setzt sie die Agenda von AfD & Co politisch um.

Damit fördert sie die Spaltung der arbeitenden Klasse und macht Migrant:innen und Geflohene zum Sündenbock für Wohnungsnott, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. So wird von der eigentlichen Ursache, dem Kapitalismus, abgelenkt, Widerstand geschwächt und möglicher Unmut auf die „Fremden“ gelenkt.

Unsere Agenda: Solidarität und ein gutes Leben für alle

Der Profit-Agenda der Reichen müssen wir eine Agenda der Solidarität entgegensetzen:

- Einführung einer wirksamen Vermögenssteuer.
- Stopp der „Steuer-Optimierung“ von Konzernen und Reichen
- Automatischer Inflationsausgleich wie in Belgien
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Ausbau der sozialen Sicherungssysteme
- Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Kultur, Wohnraum, Verkehr usw.)
- Enteignung der Schlüsselindustrien unter Kontrolle der Belegschaften und von Verbraucher-Komitees
- Verteidigung und Ausbau unserer Grund- und Menschenrechte
- Kampf gegen Sexismus, Rassismus und Faschismus
- Sofortiger Stopp von Kriegsdienstpflicht und Aufrüstung.

Diese Agenda kann nur außerparlamentarisch mit sozialen Kämpfen durchgesetzt werden. Als erster Schritt muss jeder Angriff auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen abgewehrt werden. Dies kann nur gelingen, wenn sich betriebliche Basisgruppen, aktive Gewerkschaften, antirassistische Initiativen, antifaschistische Bündnisse und soziale Bewegungen zu einer Solidarischen Front zusammenschließen.

Ihre Agenda oder unsere – wir müssen uns entscheiden. ■



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2025.

Bild: Helmut Roos.

Schulstreik gegen die Kriegsdienstpflicht

Ein starker erster Protesttag

N. B.

55.000 Schüler:innen gingen am 5. Dezember 2025 in Deutschland nicht zur Schule, sondern auf die Straße. Der Grund: An diesem Tag wurde das neue Gesetz zur faktischen Wiedereinführung der Kriegsdienstpflicht (offiziell: „Wehrdienstpflicht“) im Bundestag verabschiedet.

Ab diesem Jahr werden wieder alle Männer – und freiwillig auch Frauen – auf ihre Kriegsdienstfähigkeit gemustert. Zunächst kommen die jungen Menschen mit dem Geburtsjahr 2008 an die Reihe, nach und nach sollen aber auch die vorangehenden Jahrgänge gemustert werden. Wer als kriegsdienstfähig gemustert wurde, ist damit nicht automatisch zu dem Dienst verpflichtet. Die Bundesregierung spekuliert darauf, dass allein die Musterung schon genügen werde, mehr freiwillige Kriegsdienstleistende zu rekrutieren. Kommt die Armee mit der Freiwilligkeit nicht auf ihre gewünschte Größe, sieht sie aber auch nach aktuellem Plan bereits den Zwangsdienst vor.

Gezwungen freiwillig

Mit 2.600 € brutto monatlich und Zuschüssen zum Führerschein versucht die Bundeswehr, junge Menschen zu bestechen und in den „freiwilligen“ Kriegsdienst zu bringen. Wie praktisch, dass an sozialen Leistungen wie der Vermittlung von Schulabgänger:innen in Ausbildungen in den nächsten Jahren beträchtlich „gespart“ wird. Wenn eine zivile Perspektive fehlt, lassen sich die

jungen Menschen ja vielleicht doch vom relativ gut bezahlten Kriegsdienst locken. Doch wie viel Freiwilligkeit steckt eigentlich noch in einer Entscheidung, die aus ökonomischem Zwang und Alternativlosigkeit getroffen wird?

Am 5. Dezember haben Zehntausende junge Menschen deutlich gemacht, dass sie das nicht widerstandslos hinnehmen. Trotz vielfacher Einschüchterungsversuche aus der Politik, von Schulleitungen und teils auch Lehrerverbänden zeigten sie, dass ihnen ihr (selbstbestimmtes) Leben mehr Wert ist als ein Unterrichtstag. Die GEW solidarisierte sich vielerorts mit den Streiks. Doch nur in Ausnahmefällen schien sich die Bildungs-Gewerkschaft aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Streiks zu beteiligen. Unterstützt wurden die jungen Menschen insbesondere von der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen).

„Nie, nie, nie wieder Wehrpflicht!“

In Ludwigshafen demonstrierten 200 bis 300 Schüler:innen und solidarische Menschen gegen die Wiedereinführung der Kriegsdienstpflicht. In Heidelberg starteten 600 großteils junge Menschen mittags am Friedrich-Ebert-Platz ihren Protestzug. Sie zogen dann über den Bismarckplatz bis zur Stadtbücherei, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Dabei sprachen neben einem Vertreter der Schulstreik-Gruppe unter anderem ein 15-Jähriger von den „Schülern gegen Rechts“ und ein Vertreter des Bündnisses „Stoppt die CDU“, das noch am gleichen Nachmittag gegen den Landesparteitag der CDU in Heidelberg demonstrierte.

Auf der Streikdemo zeigten die Schüler:innen mit starken Parolen, worum es ihnen geht: „Unsere Generation ist nicht euer Kanonenfutter!“ und „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!“ war auf den Schildern zu lesen. Laut wurde gerufen: „Streik in Schule, Uni und Betrieb, das ist unsre Antwort auf ihre Politik!“ und „Nie, nie, nie wieder Wehrpflicht!“

Gegen Kanonen und für Butter – gemeinsam?

Am folgenden Tag fand am Friedrich-Ebert-Platz, dem Ausgangsort der Streikdemo, eine weitere Kundgebung statt. Mit der #unkürzbar-Demo machten sich hunderte Familien dafür stark, dass im städtischen Haushalt nicht an Kindern und Jugendlichen gespart wird. Bezeichnenderweise gab es bis auf eine einsame GEW-Fahne keine Überschneidungen von Personen oder Initiativen mit dem Schulstreik. Dabei sollte der Zusammenhang doch auf der Hand liegen.

Der nächste Streik gegen die Kriegsdienstpflicht ist für den 5. März 2026 angesetzt. Bis dahin sollte ausreichend Zeit für Gewerkschaften, insbesondere die GEW, und andere Akteure sein, diesen Tag aktiv zu unterstützen und noch breiter zu mobilisieren. ■



Schulstreik in Heidelberg, 5.12.2025.

Foto: N. B.

Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf?

Zum IGBCE-Kongress 2025

J. J.

Vom 19. bis 24. Oktober 2025 tagte in Hannover der 8. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IGBCE. Unter dem Motto „Das Richtige tun! Klar. Stark. Solidarisch.“ haben 400 Delegierte 500 Anträge abgestimmt und eine neue Führung gewählt.

Doch was bedeutet „Das Richtige tun!“ in Zeiten von Aufrüstung, Klimazerstörung, Angriffen auf „Sozialstaat“ und Arbeitsbedingungen, Vernichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und dem Aufschwung autoritärer und faschistischer Parteien.

Für den IGBCE-Hauptvorstand und den Vorsitzenden Michael Vassiliadis ist die Antwort klar: die Fortsetzung der „Sozialpartnerschaft“ als „Erfolgsmodell“. Diesem Kurs sind die Delegierten mit überwältigender Mehrheit politisch und personell gefolgt.

So gab es keine Gegenanträge zu den Leitanträgen des Hauptvorstandes, der zudem ohne Gegenkandidaturen mit hoher Zustimmung gewählt wurde. Der Vorsitzende Vassiliadis mit 95,1 Prozent der Stimmen bereits zum fünften (!) Mal.

Unangefochtene Führung?

Dies verwundert nicht. Seit Jahrzehnten ist die „Sozialpartnerschaft“ die strategische Achse der IGBCE. Sie bestimmt Inhalt und Praxis der Tarif-, Betriebs- und Gesellschaftspolitik. Sie bestimmt die Bildungsarbeit und die Publikationen. Kapitalismuskritik ist kaum zu finden. Dies alles hat das Klassenbewusstsein der Mitgliedschaft weiter geschwächt und den Gewerkschaftsapparat politisch und personell geschwächt.

Währenddessen erfahren die Chemiebeschäftigte tagtäglich den Widerspruch zwischen „Sozialpartnerschaft“ und betrieblicher Realität. Die dabei entstehende Unzufriedenheit macht sie empfänglicher für die einen neuen Faschismus vorbereitende Politik von AfD & Co.

Gemeinsam gegen AfD?

Viele Anträge beziehen eindeutig Stellung gegen die AfD. Das ist positiv. Leider bleiben die vorgeschlagenen Gegenaktivitäten unkonkret. Nicht zuletzt fehlen der Ausschluss von AfD-Mitgliedern, die antifaschistische Mobilisierung im Betrieb und auf der Straße sowie Bündnisse mit antifaschistischen Initiativen.

Auch wenn diese Anträge zum Teil den Zusammenhang der Jahrzehntelangen neoliberal-kapitalistischen Angriffe mit dem Aufstieg der extremen Rechten benannten, wurden Kapitalismus und Regierungspolitik nicht grundsätzlich kritisiert. Ebenso wenig gab es (Selbst-)Kritik am fortgesetzten sozialpartnerschaftlichen Kurs der IGBCE.

Antworten auf die Krise?

Die deutsche Chemieindustrie hat seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine einen ihrer früheren Profitvorteile, günstiges russisches Gas, verloren. Die Investoren wollen aber weiterhin ihre Rendite. Vor diesem Hintergrund werden Standorte „überprüft“, umstrukturiert, verkauft oder geschlossen, Arbeitsplätze vernichtet und Produktionen ins Ausland verlagert.

Dies ist nichts Neues, sondern findet seit Jahrzehnten statt. Aber ein gewerkschaftlicher Abwehrkampf wurde von der IGBCE nicht organisiert. Stattdessen gab es erfolglose „sozialpartnerschaftliche“ Appelle, „runde Tische“ und vertrauensvolle Absprachen mit den Chemiekapitalisten.

Und was passiert aktuell? Erneut setzt die IGBCE-Führung auf Gespräche mit Chemiebossen und Regierung. Vassiliadis fordert ein Umdenken in der deutschen Industriepolitik, niedrigere Industriestrompreise, weniger Regularien, niedrigere CO2-Kosten und eine „vernünftige“ Umweltpolitik. Mit dieser Politik will Vassiliadis die Chemie-Profite sichern, in der Hoffnung, dass dann das Chemiekapital und die Chemie-Arbeitsplätze in Deutschland bleiben. Den dafür notwendigen Preis zahlen die Beschäftigten und die Steuerzahler.

Doch am Ende ist dem Chemiekapital Profitmaximierung wichtiger als die „Sozialpartnerschaft“. Deshalb wird es auf Dauer keine Garantien für Arbeits- und Ausbildungsplätze geben.

Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik

Der IGBCE-Kongress 2025 steht für die Fortsetzung einer Politik, die die Chemiebeschäftigte in den Betrieben wehrlos macht und deren Klassenbewusstsein weiter zerstört. Eine Politik, die keine wirksamen Antworten auf den drohenden Sozialabbau und die laufenden Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder hat.

Angesichts dessen wird eine radikale Umorientierung der IGBCE immer drängender: Klassenkampf und gewerkschaftliche Gegenmacht statt „Sozialpartnerschaft“, internationale Solidarität statt Standortnationalismus. Doch die Kräfte für eine solche Neuorientierung sind derzeit nicht in Sicht. Dazu müssen erst die Chemiebeschäftigte selbst widerständiger und kämpferischer werden. Tragen wir unseren Teil dazu bei! ■



IGBCE-Aktive in Mannheim, 1. Mai. 2023.

Foto: Avanti²

Gewerkschaft IGBCE

Mitgliederbonus statt Konfliktbereitschaft

H. S.

Im Sommer letzten Jahres hat die Gewerkschaft IGBCE die Durchsetzung eines Mitgliederbonus gefeiert. Erstmals sei es gelungen, im Flächentarifvertrag der Chemie- und Pharmaindustrie einen Mitgliederbonus für Gewerkschaftsmitglieder durchzusetzen. Dieser Bonus beinhaltet einen zusätzlichen Urlaubstag pro Jahr, sowie einen weiteren freien Tag, wenn Mitglieder 10, 25, 40 und 50 Jahre in der Gewerkschaft sind.

Die Vorteilsregelung für Gewerkschaftsmitglieder soll aus Sicht der Gewerkschaft die „Trittrett Fahrerei“ einschränken und bewirken, dass aufgrund des anhaltenden Mitgliederschwundes wieder mehr Beschäftigte in die Gewerkschaft eintreten.

Der Hintergrund ist: Obwohl sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind, profitieren die Unorganisierten dennoch bisher im gleichen Umfang von den Tarifverträgen wie IGBCE-Mitglieder. Die tarifgebundenen Unternehmen wenden nämlich die Tarifverträge nicht nur auf die Gewerkschaftsmitglieder an, sondern auf die gesamte Belegschaft.

Zu denken gibt allerdings das Lob der Kapitalseite. Sie bezeichnet den Bonus als ein Zeichen der Wertschätzung, mit dem das ehrenamtliche Engagement der Gewerkschafter:innen in deren Freizeit belohnen werde (so Matthias Bürk, Verhandlungsführer des Bundesarbeitgeberverbands Chemie, im *Spiegel* vom 26. Juni 2024).

Dieses Lob der Gegenseite für gewerkschaftliches Engagement ist vergiftet. Es bezieht sich darauf, dass die Gewerkschaft bislang

ihre seltenen Tarifaktionen – von Streiks kann schon gar keine Rede sein – im Wesentlichen während der Freizeit der Beschäftigten durchgeführt und damit finanziellen Druck auf die Firmen durch Aktionen während der Arbeitszeit vermieden hat.

Eben dieses Verhalten der Gewerkschaft soll aufrechterhalten werden und mit dem Mitgliederbonus belohnt werden.

Das kapitalfreundliche *Handelsblatt* bringt in seiner Ausgabe vom 26.06.2024 auf den Punkt, um was es tatsächlich geht: „Davon [vom Mitgliederbonus, Red.] profitieren im Übrigen auch die Arbeitgeber. Denn sonst könnte die traditionell zahme Chemiegewerkschaft versucht sein, mehr auf Arbeitskämpfe als Instrument der Mitgliedergewinnung zu setzen.“ Und weiter: „Der zusätzliche Urlaubstag ist also der Preis dafür, die auf Ausgleich bedachte Sozialpartnerschaft in der Chemiebranche zu erhalten. Und nur weil dort der Kompromiss seit jeher höher geschätzt wird als der Krawall, war eine solche Einigung überhaupt möglich.“

Der Mitgliederbonus ist offensichtlich der Judaslohn für den Verzicht auf wirksame Arbeitskampfmaßnahmen.

Neu bei ISP



IV. Internationale
Manifest für eine ökosozialistische Revolution
Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!
64 Seiten,
€ 4.00
zzgl. 2,00 € für Porto/Verpackung
ISBN 978-3-89900-161-7

Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/Sebastian Scheerer
Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?
Hardcover, farbig, 503 S., € 29.80
3., aktualisierte Auflage
September 2025
ISBN 978-3-89900-160-0

lieferbar

Leo Trotzki
Schriften 4
Teilband 4.1
Literatur und Revolution (1900 - 1916)
749 S., Hardcover mit Schutzumschlag, € 70.00
2023
ISBN 978-3-89900-912-5

lieferbar
Zum Subskriptionsprospekt

John Bellamy Foster / Michael Löwy / Jess Spear / Daniel Tanuro / Christian Zeller
Ökosozialismus
Positionen des klassischen Marxismus Debatten heute

Wolfgang Alles
Für Einheitsfront gegen Faschismus
Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930
Wissenschaft & Forschung 1
168 S., aktualisierte Neuausgabe
305 Seiten, kartoniert, € 29.80
2022
ISBN 978-3-89900-001-6

John Tully
Teufelsmilch
Eine Sozialgeschichte des Gummis. Jahrhunderte der Ausbeutung von Mensch und Natur
Aus dem Englischen von Klaus E. Lehmann
482 S., Hardcover, € 29.80
2021
ISBN 978-3-89900-144-0

Mit 17 Abbildungen, Literaturverzeichnis und Personenregister

BR-Wahlen 2026 (II)*

Wie Gegenmacht im Betrieb organisieren?

O. T.

Im Vorfeld der anstehenden Betriebsratswahlen wollen wir uns mit zwei grundlegenden Fragen beschäftigen. Welche Aufgaben haben Betriebsrat und Gewerkschaft? In welchem Verhältnis stehen sie zueinander und zum Kapital?

Die Gewerkschaften sind Vereinigungen der abhängig Beschäftigten zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen. Ihre Aufgabe ist es, für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Rechte im Betrieb, Arbeitszeitverkürzungen und weitergehende gesellschaftspolitische Ziele – wie z. B. für sichere Renten und gegen die Prekarisierung der Arbeitswelt – zu kämpfen.

Die Gewerkschaften schließen als Verhandlungspartner von Kapitalverbänden oder Geschäftsleitungen überbetriebliche Flächentarife oder auch betriebliche Tarifverträge ab. Sie führen dazu Lohnkämpfe, gegebenenfalls auch mit Hilfe von Streiks und Boykotten. Die Gewerkschaften sollten also versuchen, im Interesse ihrer Mitglieder einen möglichst großen Teil der Unternehmensgewinne als Entgelt und zur Finanzierung von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen an die Beschäftigten umzuverteilen.

Dagegen vertritt die Unternehmensführung die Interessen der Kapitalsseite, die möglichst hohe Gewinne einstreichen will. Da es keine gerechte Aufteilung der Profite gibt, ist die Gewinnverteilung eine Machtfrage. Dies markiert auch einen zentralen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital.

Das Wirkungsrecht der Gewerkschaften leitet sich aus dem Koalitionsrecht bzw. der Koalitionsfreiheit ab. Alle Beschäftigten haben das Recht, sich im Betrieb in Gewerkschaften zusammenzuschließen, um die Interessen der Kolleg:innen durchsetzen zu können.

Eingeschränktes Streikrecht

Gewerkschaften dürfen Arbeitskampfmaßnahmen wie z. B. Streik oder andere Arbeitskampfmethoden zur Durchsetzung ihrer Ziele anwenden. Allerdings gelten hierbei einschränkende gesetzliche Regelungen, die den Ablauf bis zum Ausrufen von Streiks regulieren und nicht zuletzt auch behindern. So wird zum Beispiel den Gewerkschaften das Risiko erhöhter Streikkosten bei Aussperrungen aufgebürdet (Streikparagraph 116 AFG). Die Furcht der meisten Gewerkschaftsführungen vor solchen Folgen ist sehr ausgeprägt.

Hinderungsgründe für ein kämpferisches Auftreten der Gewerkschaften sind ferner die weitgehende Akzeptanz des kapitalistischen Dogmas der „Wettbewerbsfähigkeit“. In dessen Folge haben sich die Gewerkschaftsführungen weitgehend einer „Standortsicherungspolitik“ verschrieben. Diese vertieft die Illusion der „Sozialpartnerschaft“. Sie erweckt den Anschein, als wäre der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufgehoben.

Die Folge ist auch, dass eine immer angepasstere Gewerkschaftspolitik die Suche nach „Kompromissen“ mit dem Kapital dominiert. Das führt dazu, dass Tarifverhandlungen in der Regel maximal von Warnstreiks begleitet werden, Erzwingungsstreiks aber in den letzten Jahrzehnten fast immer vermieden werden. Je nach Gewerkschaft werden deshalb die organisierten Beschäftigten als Betroffene, wenn überhaupt, meist nur noch am Rande in Tarifrunden mit einbezogen.

Sowohl die Sozialpartnerschaftspolitik als auch die damit verbundene Stellvertreterpolitik haben die Gewerkschaften immer tiefer in eine Sackgasse geführt. Dies hat lediglich den Kapitalisten genutzt, weil sie ihre eigenen Vorstellungen immer besser durchsetzen konnten und können.

„Betriebliche Standortbündnisse“, die die „Wettbewerbsfähigkeit“ der einzelnen Unternehmen stärken, verschärfen in der Regel nicht nur die Konkurrenz mit Kolleg:innen, die in anderen Betrieben arbeiten. Sie bedeuten zugleich die Akzeptanz von Flexibilisierung, Arbeitsverdichtung, Lohnverzicht und längeren Arbeitszeiten.

Eine weitere Folge ist: Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und das Vertrauen der Mitglieder in ihre Organisationen gehen verloren. Die Gewerkschaften stellen sich dadurch letztendlich selbst in Frage.

Gemeinsam handeln!

Um in den Betrieben die notwendige Gegenmacht zum Kapital organisieren zu können, brauchen wir aber sowohl Betriebsräte als auch Gewerkschaften, die sich nicht am Profitinteresse der Kapitaleigner und der Geschäftsführung, sondern allein an den Interessen der Beschäftigten orientieren.

Das Wichtigste aber ist: Ohne Einbeziehung der Belegschaft lassen sich keine nachhaltigen Erfolge erzielen. Wir müssen deshalb vor allem die Selbttätigkeit der Beschäftigten im Betrieb fördern. Auf der betrieblichen Ebene ist das durchaus möglich, weil wir selbst im Betrieb die Gewerkschaft sind und die Kolleg:innen kennen.

Mit unseren guten Argumenten und einer handlungsfähigen Organisation, die die Interessen der Beschäftigten zum Ausdruck bringt, haben wir die Chance, Mitstreiter:innen zu gewinnen. Je mehr dazu bereit sind, sich im Betrieb und in den Gewerkschaften für unsere Interessen zu engagieren, desto stärker ist unsere Gegenmacht.

* [Teil I ist in *Avanti*², Nr. 136 von Dezember 2025 erschienen.]



Torblockade bei Alstom Power Mannheim, 16. April 2014.

Foto: BR Alstom.

Hochaktuell: Dokumentation der 12. Konferenz „Betriebsräte im Visier“

Impulse für Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit

A. N.

Im Dezember 2025 erschien die 60-seitige Dokumentation der 12. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ (im Netz unter <https://gegen-br-mobbing.de/>). Sie bietet für interessierte und engagierte Kolleg:innen eine sehr gute Möglichkeit, sich mit basisorientierter Gewerkschaftsarbeit und der Vorbereitung auf die im Frühjahr dieses Jahres anstehenden Betriebsratswahlen zu beschäftigen.

An der Konferenz hatten Aktive aus der betrieblichen Interessenvertretung teilgenommen, viele von ihnen organisiert in der IG Metall, der IGBCE und ver.di, einige aber auch in der EVG und der GEW. In der Dokumentation der Konferenz wird deutlich, wie sehr das zunehmend menschenverachtende und gewerkschaftsfeindliche Vorgehen vieler Unternehmen seinen Schatten auch auf die kommenden Betriebsratswahlen voraus wirft.

Diese Entwicklung in den Betrieben geht einher mit einer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung zu autoritären Herrschaftsformen und Angriffen auf erkämpfte Grund- und Menschenrechte. Umso wichtiger ist eine bewusste und gut organisierte Gegenwehr in den Betrieben und darüber hinaus.

Faschistisches Arbeitsrecht beenden

In diesem Kontext wird in der Dokumen-

tation erneut auf das Fortwirken des faschistischen Arbeitsrechts eingegangen, das sich insbesondere in Verdachtskündigungen ausdrückt. Von zahlreichen Firmen und deren juristischer Helfershelfer werden sie als Instrument verwendet, um die Arbeit aktiver und klassenbewusster Betriebsratsmitglieder und Gewerkschafter:innen zu bekämpfen.

Bei einer Verdachtskündigung muss das angeklagte Mobbing-Opfer vor Gericht seine Unschuld gegenüber dem Unternehmen beweisen, was unter anderem bei Vorwürfen eines „Fehlverhaltens“ häufig schwer zu belegen ist. Das Instrument der Verdachtskündigung ist das einzige in der deutschen Justiz, das dem Prinzip „im Zweifel für den Angeklagten“ widerspricht.

Die Konferenz sprach sich daher auch dieses Jahr wieder dafür aus, die Kampagne „„Nie wieder ist jetzt!“ – Fortwirken des faschistischen Arbeitsrechts beenden!“ weiter zu unterstützen (weact.campact.de/petitions/nazi-unrecht).

Belegschaften organisieren

In der Dokumentation sind drei Grußworte veröffentlicht, die sich an die Konferenz richteten: Kai Burmeister für den DGB Baden-Württemberg, Janna Köke für die IG Metall Mannheim und Nadja Kürten für ver.di Rhein-Neckar.

Die Geschichte einer starken Interessenvertretung erzählten Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretung und IGBCE-Vertrauensleute des Betriebs nora systems. In den letzten Jahren konnten sie den Betriebsrat neu aufbauen. Seine Mitglieder sind gewerkschaftlich engagiert und stellen sich klar auf die Seite der Beschäftigten. Sie streiten mit ihnen gemeinsam für die Belegschaftsinteressen und lehnen dabei

gängige „Betriebsrats-Privilegien“ ab. Ihr Erfolgsrezept: Ein harter Kern, der seiner Arbeit eine klare Struktur gegeben hat, mit der er die Verhältnisse im Betrieb analysiert und die Belegschaft organisiert und aktiviert.

Wie die Interessenvertretung bei nora systems hat auch die IG Metall große Ziele für die kommenden Betriebsratswahlen, die Wolfgang Thurner von der Anlaufstelle gegen Union-Busting beim IG Metall-Vorstand vorstellte. Mit ihrer Kampagne „Team IG Metall stark machen“ wollen sie die Gewerkschafts-Aktiven in den Betrieben so unterstützen, dass sie eine Wahlbeteiligung von über 70 % schaffen und letztlich in allen Betriebsratsgremien die Mehrheit stellen.

Gegenmacht im Tech-Kapitalismus

In der Dokumentation des letzten Beitrags der Konferenz wird eine besondere Herausforderung behandelt. In seinem Vortrag „Gegenmacht gegen Übermacht?“ stellte Alexander Mohrlang die Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit in Zeiten des rechtsautoritären Tech-Kapitalismus dar. Für die erfolgreiche Organisierung gab er drei Impulse:

1. Der Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit führt in die Sackgasse.
2. Gewerkschaftspolitik muss stärker vom Menschen aus gedacht werden.
3. Durchsetzungsfähigkeit und Machtressourcen sind mit Organizing-Methoden auszubauen.

Klingt spannend? Dann sollte es sich lohnen, die gesamte Dokumentation zu lesen. Denn diese führt das hier Genannte weiter aus und gibt viele zusätzliche wichtige Impulse für die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit in diesen rauen Zeiten. ■



Tipps für die Gegenwehr am Beispiel Alstom

A. A./W. A.

Einen jahrelangen Kampf gegen irrsinnige Konzernpläne führt der Betriebsrat des Schienenfahrzeugherstellers Alstom Transportation Mannheim (zuvor Bombardier). Nun sah sich die Interessenvertretung der über 1.000 Beschäftigten gezwungen, einem bitteren Kompromiss zuzustimmen. Er soll nach dem Willen des Managements unter anderem den stufenweisen Abbau des letzten Produktionsbereichs im Käfertaler Werk einleiten.

Um die Gegenwehr zu stärken, hatte der in der IG Metall (IGM) organisierte Betriebsrat versucht, der eigenen Belegschaft Erfahrungen aus der Geschichte des Widerstands gegen frühere Abbaupläne im Konzern nahezubringen. In einer elektronischen Info für die IGM-Vertrauensleute wird sie wie folgt zusammengefasst:

„Durch die Wiederholung wird das, was im Anfang nur als zufällig und möglich erschien, zu einem Wirklichen und Bestätigten.“ (G. F. W. Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie*). „Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“ (K. Marx, *Der 18te Brumaire des Louis Napoleon*).

Bei der letzten Betriebsversammlung am 18. März 2025 hat Wolfgang Alles von den Kämpfen der Belegschaft von Alstom Power im Hauptwerk Käfertal seit Mitte der 80er Jahre berichtet. Dabei war die Idee, dass wir uns durch Wolfgangs Schilderungen vergangener Widerstandsaktionen für das Vorgehen in unseren eigenen Auseinandersetzungen inspirieren lassen. Ich fasste hier die aus meiner Sicht wesentlichen Aussagen zusammen, in der Hoffnung mit Euch darüber in einen Austausch und zu eigenen Aktionen zu kommen.

1. Die Geschichte des Betriebs von Alstom Power war geprägt durch Eigentümerwechsel: BBC, ABB, Alstom, General Electric. Damit verbunden waren wiederkehrende Abwehrkämpfe gegen die Kürzungspläne der verschiedenen Unternehmensleitungen. Von vielen der damals wie Popstars gefeierten Topmanager wie Jack Welch, Pierre Bilger oder Percy Barnevick spricht heute kein Mensch mehr. Geblieben sind nur die Familiendans, die sich durch all die Jahre hindurch als Haupt- oder Miteigentümer bereichert haben, wie die Schmid-

heinys (Schweiz), die Wallenbergs (Schweden), die Bouygues (Frankreich) – und wir Lohnabhängigen, die um ihre Entgelte, annehmbare Arbeitsbedingungen und ihre Arbeitsplätze kämpfen müssen.

Wolfgang hat mehrfach daran erinnert: Letztere, die sogenannten Arbeitnehmer, die in Wirklichkeit ihre Arbeit geben, also die Werte schaffen, die unsere Gesellschaften brauchen, um über elektrische Energie verfügen oder vernünftig reisen zu können.

2. Die Kolleginnen und Kollegen von Alstom Power waren bei ihrer Gegenwehr oft erfolgreich. Das ist ihnen gelungen, weil sie solidarisch gehandelt und sich nicht gegeneinander haben ausspielen lassen. Mehrere Strategien, die auch für uns von Interesse sein könnten, hat Wolfgang auch genannt: Einerseits hat bei Alstom Power der Einstieg des französischen Staates dazu geführt, dass das Unternehmen eine wirtschaftlich schwierige Zeit überstehen konnte, die insbesondere dadurch ausgelöst wurde, dass hohe Pönalen [Strafgelder] auf wichtige Produkte gezahlt werden mussten. Ich erinnere dabei daran, dass in unserer Kundschaft der Staat ohnehin schon eine größere Rolle spielen sollte als im Kraftwerksbereich.

Andererseits hat Wolfgang die Notwendigkeit betont, dass ein möglichst großer Teil der Belegschaft gewerkschaftlich organisiert sein sollte, um effektive Gegenwehr gegen Angriffe des Managements leisten zu können.

3. Auch bei der Wahl der taktischen Mittel waren die Kolleginnen und Kollegen überaus kreativ. Sie organisierten eine mehrtägige Betriebsversammlung, regelmäßige Demonstrationen in die Mannheimer City und eine internationale Großdemonstration mit Mitarbeitenden von Alstom aus vielen Ländern in Paris. Sie machten einen Banner-Drop vom Dach des Firmengebäudes in der Boveri-Straße mit einem Transparent, das einen griffigen Slo-

gan zeigte sowie Rundgänge, Sprechstunden und so weiter.

Gemeinsam war diesen Aktionen, dass sie die Arbeit unterbrachen, für öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre Auseinandersetzungen mit dem Management sorgten oder bei der Mobilisierung der Belegschaft halfen. Selbstverständlich müssen nicht alle diese Mittel auch für uns passen, wichtig ist aber auch für uns, dass wir Mittel und Wege finden, solche und andere Aktionen durchzuführen, die die geschäftige Stille und den geräuschlosen Ablauf der Abbaumaßnahmen stören.

4. Wolfgangs Botschaft an uns war nicht misszuverstehen: Gegenwehr gegen unfaire Managementpläne lohnt sich, und sie ist die einzige Option, wenn wir inmitten des alltäglichen Wahnsinns und der regelmäßigen Angriffe gesund und bei Sinnen bleiben wollen. Die Parallelen, die sich aus dem Vergleich zwischen Alstom Power und uns ergeben, scheinen mir jedenfalls unübersehbar.

Was haltet ihr von dieser Botschaft? Schreibt Eure Meinungen gerne unten in die Kommentare.

► Online-Dokumentation der Ereignisse bei Alstom Power aus Sicht der abhängig Beschäftigten: <https://resistance-online.com/index.php>

► Taz-Artikel über die ersten Angriffe auf die Belegschaft nach der ABB-Gründung: <https://taz.de/!1852220/> ■



Aktionstag bei Bombardier-Alstom Mannheim, 16.7.20.

Belgien nach dem Generalstreik gegen Sozialabbau

Was nun?

H. N.

In unserem Nachbarland Belgien haben sich die Gewerkschaften nicht nur mit Worten, sondern mit Taten gegen Sozialabbau gewehrt. Die Einheitsfront der belgischen Gewerkschaftsdachverbände vermochte Ende November 2025, eine beachtliche, dynamische Kraft zu entwickeln. Von ihrem Engagement – und ihren Problemen – könnten nicht zuletzt die DGB-Gewerkschaften einiges lernen.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund Belgiens (FGTB), der Christliche Gewerkschaftsbund (CSC) und der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Liberalen Gewerkschaften Belgiens (CGSLB) organisierten massive Proteste gegen die Sozialabbau-Politik der belgischen Regierung (der „Arizona“-Koalition).

Größte soziale Bewegung seit 1960/61

Am Montag, 24. November, stoppten Streiks weitgehend den öffentlichen Nahverkehr. Am Dienstag, 25. November, fanden Arbeitsniederlegungen in allen öffentlichen Dienstleistungsberufen (Bildung, Gesundheitswesen ...) statt. Zu guter Letzt stieß am Mittwoch, 26. November, der Aufruf zu einem ganztägigen, branchenübergreifenden Generalstreik auch in der Privatwirtschaft in weiten Teilen des Landes auf breite Resonanz.

Diese Mobilisierung fiel nicht vom Himmel. Sie war das Ergebnis einer elfmonatigen gewerkschaftlichen Kampagne mit dem – im Vergleich zu Ende November – schwächeren Streiktag vom 31. März und der großen landesweiten Demo am 14. Oktober 2025 mit 140.000 Kolleg:innen in Brüssel. Das war der bisher größte Protestmarsch des Landes im 21. Jahrhundert.

Trotz dieser massiven Gegenwehr gelang es der Regierung noch am ersten Streiktag Ende November, eine Einigung über eine „Haushaltskonsolidierung“ zu erzielen. Sie spiegelt die zentralen Forderungen der Kapitalistenverbände wider und soll mit schrittweisen „Reformen“, wie in der BRD, die Sozialsysteme, das Arbeitsrecht und öffentliche Dienstleistungen weiter aushöhlen und damit die arbeitende Klasse weiter spalten und schwächen.

Obwohl die soziale Bewegung im Herbst 2025 die größte in Belgien seit dem „Streik des Jahrhunderts“ im Winter 1960-1961 war, stellte sich die Regierung taub. Premierminister De Wever verweigerte trotz mehrfacher Angebote seitens der Gewerkschaftsführungen den Dialog mit ihnen. „Die Gewerkschaften lähmen, die Regierung arbeitet“, so der Premierminister. Deshalb „reformiert“ die Regierung einfach weiter.

Mangel an politischen Perspektiven?

In Belgien gibt es eine Tradition der Generalstreiks. Sie nutzten die Gewerkschaften für ihre aktive Gegenmacht, um sozialpolitische und ökonomische Forderungen durchsetzen zu können. Damit konnten sie bisher besser als in anderen EU-Staaten Verschlechterungen abwehren.

Vor dem Hintergrund des verschärften Klassenkampfs von oben verlieren „traditionelle Streiks“ jedoch ihre Wirksamkeit, vor allem, wenn Verhandlungen erfolglos bleiben und parlamentarische Vorstöße ins Leere laufen. Die Regierung kann dann die Auswirkungen der Bewegung aussitzen. Die gewerkschaftliche Streiktaktik hat sich dieser Realität zu stellen und steht vor der Herausforderung, Dauer und Auswirkungen ihrer Aktionen unberechenbar zu machen.

So massiv die Gewerkschaftsbewegung und die Entschlossenheit der Streikenden auch waren, so konnte sie noch nicht den Mangel an politischen Perspektiven und die Lähmung nach dem Rechtsruck bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2024 überwinden.

Die arbeitende Klasse Belgiens wird also zunächst unter einem Haushalt und einer Politik der sozialen Grausamkeiten leiden. Der Propaganda der Herrschenden zufolge sind auch in Flandern und Wallonien Kranke, Arbeitslose und Arbeitende „Faulenzer“ und „Drückeberger“, die deshalb kontrolliert und möglichst ihrer Rechte beraubt werden müssen.

Die aggressive neoliberale Kürzungspolitik geht einher mit einem autoritären Rechtsruck, der die Spaltung und Entrechtung der Beherrschten und Ausgebeuteten verschärfen will.

Jedoch hat die jüngste gewerkschaftliche Bewegung tiefe Spuren im Bewusstsein der Beteiligten hinterlassen. Um deren Hoffnungen auf eine erfolgreiche weitere Gegenwehr gegen die Zumindestungen von Regierung und Kapital stärken zu können, schlagen unsere Genoss:innen der belgischen Sektion der IV. Internationale deshalb den Aufbau einer *veritablen sozialen und politischen Front* vor.



Generalstreik in Brüssel, 25. November 2025. .

„Auszeit mit Einstein“

Entspannter ISO-Lesekreis im Dezember 2025

R. G.

Mitte Dezember trafen sich Aktive und Freund:innen der ISO Rhein-Neckar zur „Auszeit mit Einstein“. In entspannter Atmosphäre und versorgt mit Kaffee und Kuchen lasen und diskutierten sie den Text „Warum Sozialismus?“ von Albert Einstein.*

Albert Einstein war nicht nur ein herausragender Physiker. Seit seiner Jugend war er Antimilitarist und Pazifist. Eine lange Zeit vertrat er sozialistische Ideen. Wiederholt nutzte er seine Bekanntheit, um öffentlich gegen Militarismus, Nationalismus und Krieg einzutreten. Den Text „Warum Sozialismus?“ hat er 1949 für die erste Ausgabe der linken US-Zeitschrift *Monthly Review* geschrieben.

Kritik der Wissenschaft

Einstein war kein „Experte auf dem Gebiet ökonomischer und sozialer Fragen“. Daher war es ihm wichtig, zuerst zu erklären, warum er sich dennoch zum „Wesen des Sozialismus“ äußert.

Seiner Meinung nach sind Astronomie und Ökonomie Wissenschaften, die beide versuchen, Gesetzmäßigkeiten zu entdecken. Im Bereich der Ökonomie gestaltet sich dies jedoch schwierig, weil es viele beeinflussende Faktoren gibt: gewalttätige Eroberungen, Herrschaftsapparate und die ideologische Beeinflussung durch Religion, Erziehung und alltägliche Erfahrungen.

Zum einen will der Sozialismus diese Zustände überwinden. Da er aber noch nicht existiert, können seine Gesetzmäßigkeiten wissenschaftlich noch gar nicht erfasst werden. Zum anderen verfolgt er ein „sozial-ethisches Ziel“. Solche Ziele können aber nicht von der Wissenschaft entwickelt werden, sondern nur von Menschen mit hohen ethischen Idealen. Aus diesen Gründen haben nicht nur „Experten“ das Recht, sich zu den „Probleme[n] der Menschheit“ zu äußern.

Die Krise der Gesellschaft

Einstein war sich der negativen Folgen von Krieg, Faschismus, Holocaust und Stalinismus auf die Psyche des Menschen bewusst. Umso wichtiger war es ihm, die Frage nach den Ursachen und einem möglichen Ausweg zu beantworten.

Er beschreibt den Menschen als Einzel- und als Sozialwesen. Als Einzelwesen will er seine Bedürfnisse befriedigen, sich selbst entwickeln und sich und seine Nächsten schützen. Als Sozialwesen wirkt er auf die Gesellschaft ein und diese wiederum auf ihn.

Für ihn ist „die Abhängigkeit des Einzelnen von der Gesellschaft“ ein Naturgesetz. Doch im Gegensatz zum Tier wird der Mensch nicht völlig durch Instinkte geleitet. Er hat die Fähigkeit, sein Lebensumfeld zu beeinflussen und sein soziales Verhalten zu ändern. Daraus leitet Einstein die Hoffnung ab, dass Menschen nicht dazu verdammt sind, sich gegenseitig zu vernichten oder sich einem „schrecklichen [...] Schicksal“ zu ergeben.

Der sozialistische Ausweg

Für Einstein ist die „kapitalistische Gesellschaft [...] die eigentliche Ursache des Übels“. In ihr muss die arbeitende Klasse ihre Arbeitskraft verkaufen, während die Kapitalisten die Produktionsmittel besitzen und sich den Profit aneignen: „Die Produktion ist für den Profit da – nicht für den Bedarf.“

Einstein zufolge kann die Kapitalmacht auch von einer demokratisch organisierten Gesellschaft nicht überprüft werden. Zugeleich kontrollieren die Privatkapitalisten die „Hauptinformationsquellen (Presse, Radio, Bildung)“. Heute müssen wir natürlich das Fernsehen, das Internet, die Tech-Konzerne und die „sozialen Netzwerke“ hinzufügen.

Für Einstein gibt es aus diesem Elend nur einen Ausweg: ein sozialistisches Wirtschaftssystem. Dabei weiß er angesichts der stalinistischen Diktatur in der Sowjetunion, dass Planwirtschaft allein nicht Sozialismus bedeutet. Im Gegenteil, sie kann „mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen“.

Daher stellt er am Schluss zwei wichtige Fragen: Wie lässt sich die Allmacht einer Bürokratie verhindern? Wie können die Rechte des Einzelnen geschützt werden, um ein „demokratisches Gegen gewicht zur Bürokratie“ zu sichern? Darauf gibt er zwar keine Antwort, aber er sieht die Notwendigkeit, solche Fragen zu diskutieren.

Ein sehr lesenswerter Text

In seinem Text setzt sich Albert Einstein auf beeindruckende Weise mit dem Kapitalismus und der Notwendigkeit des Sozialismus auseinander. Auch wenn er vereinfacht, wird er nicht oberflächlich. So ist Albert Einstein ein gut verständliches und sehr lesenswertes Plädoyer für den Sozialismus gelungen, das bis heute nichts an seiner Gültigkeit verloren hat.

Am Ende unseres als sehr positiv wahrgenommenen Lesekreises waren sich die Teilnehmenden einig, dass sich die Auseinandersetzung mit Einsteins Text wirklich gelohnt hat. „Warum Sozialismus?“ verdient es, viel mehr gelesen, diskutiert und weiter gereicht zu werden. ■

* [Veröffentlicht unter anderem in der Theoriebeilage zu *Avanti*², Nr. 135 von November 2025.]



Elsa und Albert Einstein in San Diego, 1930.

Foto: Gemeinfrei (CC-BY-4.0).

Vor 100 Jahren

Kampagne zur Fürstenenteignung

E. B.

Infolge der Novemberrevolution von 1918 wurde feudales Eigentum zwar beschlagnahmt, aber nicht enteignet.

Die Weimarer Verfassung von 1919 garantierte mit Artikel 153 das Eigentum und ermöglichte zugleich auch Enteignungen, die dem „Allgemeinwohl“ dienten. Sie waren jedoch nur auf gesetzlicher Grundlage mit „angemessener“ Entschädigung erlaubt – soweit nicht per Reichsgesetz anderes festgelegt war.

Fürsten hingegen forderten hohe finanzielle Entschädigungen für entgangene Gewinne aus den Beschlagnahmungen und die freie Verfügungsgewalt über „ihr“ Eigentum zurück. Als 1925 Gerichtsurteile bekannt wurden, die diese Auffassung bestätigten, reagierte ein Großteil der verarmten Bevölkerung empört.

Die KPD forderte daher sehr aktiv und öffentlichkeitswirksam, die Fürsten zugunsten der arbeitenden Klassen zu enteignen. Angesichts der hohen Erwerbslosigkeit und der Stimmung ihrer eigenen Parteibasis sah sich die SPD-Führung gezwungen, die Initiative der KPD zu unterstützen.

KPD und SPD brachten im Januar 1926 im Reichstag mit Erfolg einen Antrag zur Durchführung eines Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser ein.

Die massive Propaganda der Enteignungsgegner (rechte Par-

teien, nationalistische Verbände, Reichspräsident von Hindenburg und Kirchen) führte jedoch zum Scheitern des Volksentscheids am 20. Juni 1926. In der Folge kam es zu finanziellen Entschädigungen für die Fürstenhäuser.



Agitation für das Volksbegehr, 1926. Foto: Gemeinfrei (CC BY-SA 3.0 de).

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 15.01.2026, 15 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- DO, 22.01.2026, 18 Uhr, VVN-Erzähl-Café, „Erinnern heißt kämpfen“, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstr. 15-17, MA
- FR, 30.01.2026, 19 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA

Vorschau

- MI, 04.02.2026, 18 Uhr, „10 Jahre Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar“, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA

